



Institut für Hochschulforschung (HoF)  
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

**Daniel Hechler | Peer Pasternack |  
Steffen Zierold**

Unter Mitwirkung von Uwe Grelak und Justus Henke

# **WISSENSCHANCEN DER NICHTMETROPOLEN**

**Wissenschaft und Stadtentwicklung  
in mittelgroßen Städten**



Berliner  
Wissenschafts-Verlag

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zentrale Ergebnisse</b> .....	11
Mittelgroße Städte als Orte der Wissenschaft (11). Anwesenheits- und Aktivitätseffekte (12). Stadt und Hochschule: Wechselseitige Chancensteigerungen (13). Kooperationsinstrumentarium (14). Strategische Erfolgsfaktoren (16). Lokales Wissensmanagement (17). Stadt-Wissenschaft-Interaktionstypen (20)	
<b>1. Problem und Vorgehen</b> .....	23
1.1. Problemstellung: Wissenschaft – Stadtentwicklung – mittelgroße Städte .....	23
Stadt + Hochschule = Hochschulstadt? (23). Metropolitane Konzepte – überwiegend nichtmetropolitane Kontexte (26). Planungsversuche für soziale Totalphänomene (27). Vom passiven zum aktiven Hochschulregionalismus (28). Wissensgesellschaft jenseits der Metropolen (30)	
1.2. Untersuchungsdesign: Fragestellungen und methodisches Vorgehen .....	31
Kapitel A.: Theorien und Konzepte (31). Kapitel B.: Fallstudien und Querschnittsauswertungen (32). Kapitel C.: Synthesen (37). Überblick und Projekthistorie (38)	
<b>A. Die Erklärungsthesen der Theorie</b> .....	41
<b>2. Passiver Hochschulregionalismus: Die traditionellen Konzepte</b> .....	46
2.1. Inkludierend: Hochschulen als regionaler Bildungsfaktor .....	46
2.2. Neubauten: Hochschulen und Stadtraum .....	47
2.3. Nachfrageeffekte: Hochschulen als regionaler Wirtschaftsfaktor .....	51
<b>3. Aktiver Hochschulregionalismus: Nicht nur sein, sondern tun</b> .....	54
3.1. Zeitdiagnosen .....	54
3.1.1. Triple Helix .....	55
3.1.2. Wissensgesellschaft .....	58
3.1.3. mode 2 .....	60
3.2. Leitbildgetriebene Empirie .....	63
3.2.1. Innovation .....	63
3.2.2. Hochschulen als regionaler Innovationsfaktor .....	69
3.2.3. Kreativität: Hochschulen als umfassender Entwicklungsfaktor .....	71
3.3. Empiriegetriebenes Leitbild ( <i>Mitautor: Justus Henke</i> ) .....	76
3.3.1. Third Mission: Die Debatte .....	76
3.3.2. Third Mission: Definition .....	78

<b>4. Governance: Jenseits der Steuerungswiderstände Stadt und Hochschule</b> .....	84
4.1. Governance-Arenen.....	86
4.1.1. Regional und Local Governance .....	86
4.1.2. Hochschulgovernance .....	89
4.1.3. Hochschule-Stadt-Governance.....	96
4.1.4. Leitende Zusammenhangsannahmen .....	99
4.2. Netzwerke als lokale Problemlöser?.....	104
4.2.1. Leistungsfähigkeiten und Erfolgsfaktoren von Netzwerken.....	104
4.2.2. Risikofaktoren für Netzwerke.....	107
4.2.3. Erfolgs- und Scheiternsbedingungen: empirische Beispiele.....	108
<b>5. Mittelgroße Städte: Jenseits der Metropolen und zum Teil peripherisiert (Mitautor: Uwe Grelak)</b> .....	114
5.1. Definitorisches .....	115
5.2. Schrumpfung .....	117
5.3. Peripherisierte Städte: Merkmale und Szenarien.....	122
5.4. Wissensgesellschaft? .....	125
5.4.1. Bildung .....	125
5.4.2. Hochschulen.....	127
5.4.3. Hochschulen gegen Peripherisierung.....	131
5.4.4. Wissensdiffusion im städtischen Raum.....	132
<b>B. Empirie</b> .....	137
<b>6. Hauptmerkmal der mittelgroßen Städte: gruppeninterne Heterogenität</b> .....	139
6.1. „Strampeln im Morast“?.....	139
6.2. Schwarmstädte als Gegenpol der Peripherisierung: Die Sehnsucht nach Dichte .....	143
<b>7. Der Wettbewerb „Stadt der Wissenschaft“</b> .....	150
7.1. Wettbewerbsverlauf.....	152
7.2. Wettbewerbswirkungen.....	155
7.3. Folgeinitiativen .....	160
<b>8. Zwei Kleinere Großstädte: Halle und Magdeburg</b> .....	165
8.1. Kommunale Rahmenbedingungen .....	167
8.2. Halle (Saale) .....	169
8.2.1. Stadträumliche Verdichtung: Der Weinberg Campus .....	170
8.2.2. Formalisierung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Stadt: Das Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft ....	172
8.2.3. „Stadt der Wissenschaft“: Hochschulen und Wissenschaft in Stadtplanung, Leitbildern und Bürgerwahrnehmung.....	182

8.2.4.	Zukunftsstadt-Wettbewerb.....	186
8.3.	Magdeburg .....	193
8.3.1.	Stadträumliche Verdichtung: Wissenschaftsquartier ( <i>Mitautor: Uwe Grelak</i> ) .....	194
8.3.2.	Formalisierung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Stadt: Das Team Wissenschaft .....	198
8.3.3.	„Stadt der Wissenschaft, Bildung und Kultur“: Stadtentwicklung und Stadtentwicklungskonzepte .....	201
<b>9.</b>	<b>Mittelstädte und ihre Hochschulen: Beispiele in Sachsen-Anhalt</b> .....	<b>206</b>
9.1.	Kommunale Rahmenbedingungen .....	207
9.2.	Wissenschaftliche Strukturen .....	210
9.2.1.	Die Hochschulen und ihre stadträumlichen Einbettungen.....	210
9.2.2.	An-Institute und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen .....	211
9.2.3.	Wissenschaftsaffine Einrichtungen.....	212
9.3.	Aktivitäten und Prozesse .....	214
9.3.1.	Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten in den Städten .....	214
	Ökonomische Interaktionen (214). Schülerarbeit und nichtökonomische Interaktionen (215)	
9.3.2.	Besonderheiten in einzelnen Städten .....	218
9.4.	Lokale Wahrnehmungen der Hochschulen.....	221
9.4.1.	Wernigerode .....	222
	Lokalpresse (222). Öffentlichkeitsformate der Kommunal- verwaltung (225). ISEK (226)	
9.4.2.	Stendal .....	227
	Berichterstattung in der Lokalpresse (227). Hochschul- zeitschrift (228). Städtische Homepage (229). Positionspapier „Hochschulstandort Stendal – Unser Selbstverständnis“ (230)	
9.5.	Zwischenresümee .....	232
<b>10.</b>	<b>Hochschulen und Forschungsinstitute und die IBA „Stadtumbau 2010“ (<i>Mitautor: Uwe Grelak</i>)</b> .....	<b>234</b>
10.1.	Beteiligungsverhalten der Hochschulen und Forschungseinrichtungen.....	234
10.2.	Kooperationsqualitäten: durchwachsene Befunde .....	238
<b>C.</b>	<b>Auswertungen und Schlussfolgerungen</b> .....	<b>241</b>
<b>11.</b>	<b>Das Grundproblem: Zweckfreiheit vs. Nützlichkeit</b> .....	<b>243</b>
11.1.	Zweckfreie Nützlichkeit .....	243
11.2.	Die Programmkonkurrenz: Qualitätsorientierung vs. Relevanzorientierung.....	245
11.3.	Gesellschaft und Wissenschaft .....	248
11.4.	Wissenschaft und außerwissenschaftliche Praxis.....	249

<b>12. Abgleich und Verdichtung: Die empirischen Befunde im Lichte der Theorie-Angebote</b> .....	253
12.1. Wissenschaft und ihre direkten Umwelten: Region und Stadt.....	253
12.1.1. Erwartungsverschiebungen.....	253
12.1.2. Regionale Problemlagen und Problemwahrnehmungen .....	254
12.1.3. Limitationen in den Hochschulen.....	256
12.1.4. Wissenschaft und Stadt: Wechselseitige Chancensteigerung .....	257
12.2. Wissenschaft in mittelgroßen Städten.....	261
12.2.1. Theorieangebote und Praxisanforderungen .....	261
12.2.2. Stadtgröße und -charakteristik als ermöglichende und limitierende Rahmenbedingungen.....	263
<b>13. Governance der Stadt-Wissenschaft-Kooperationen</b> .....	269
13.1. Kommunikation .....	270
13.1.1. Schnittstellenkommunikation .....	271
13.1.2. Instrumente der Abstimmung.....	274
13.2. Kooperationen .....	276
13.2.1. Reibungswiderstände, Risiken und deren Bearbeitung.....	276
13.2.2. Strategische Erfolgsfaktoren .....	283
13.3. Modell lokalen Hochschulhandelns ( <i>Mitautor: Justus Henke</i> ).....	287
13.3.1. Rahmenbedingungen: Voraussetzungen und Ressourcen .....	289
13.3.2. Programmierung: Problem- und Zieldefinitionen, Handlungsprogramm.....	291
13.3.3. Implementation: strategisch handeln und mit Abweichungen rechnen .....	294
13.3.4. Auswertung: Neuprogrammierung vorbereiten .....	296
13.4. Kooperationsinstrumente.....	298
13.4.1. Netzwerke und Kooperationsplattformen .....	298
13.4.2. Aufsuchende Lokalarbeit: Wissensmanagement .....	301
13.4.3. Studierende in der Stadt .....	306
<b>14. Fazit</b> .....	309
14.1. Selbstbeschreibungsbilder und Interaktionstypen .....	310
14.1.1. Relevante Faktoren zur Selbstbeschreibung der Städte.....	311
14.1.2. Selbstbeschreibungsbilder .....	314
14.1.3. Modell der Interaktionstypen .....	316
14.1.4. Kriterien zur Einordnung in Interaktionstypen.....	318
14.2. Schluss: Wissensgesellschaftsfähig werden.....	319
Literatur .....	329
Verzeichnis der Übersichten .....	350
Autoren und Mitwirkende .....	352
Die Studien im HoF-Forschungsprogramm „Raumbezogene Wirkungen von Hochschulen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen“ 2007–2018.....	353

# Zentrale Ergebnisse

Mit der Ankopplung an Wissensentwicklungen entscheide sich, so die allgemeine Auffassung, die Zukunftsfähigkeit einer Region. Das hier zentrale zeitdiagnostische Schlagwort der Gegenwart ist „**Wissensgesellschaft**“. Diese wiederum wird typischerweise exklusiv mit Metropolen und verdichteten Räumen assoziiert. Allerdings leben zwei Drittel der deutschen Wohnbevölkerung in ländlich und klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen. Dort sind zentrale Voraussetzungen dafür, was die Wissensgesellschaft institutionell, infrastrukturell und kulturell nach landläufiger Meinung ausmacht, häufig nicht oder nicht vollständig gegeben. Ob und wie weit dies der Fall ist oder nicht, bestimmen überwiegend die jeweiligen städtischen (d.h.: nicht die dörflichen) Kontexte. In der vorliegenden Untersuchung werden die **Kontexte mittelgroßer Städte** in den Fokus gerückt.

## Mittelgroße Städte als Orte der Wissenschaft

Der Begriff „Mittelgroße Städte“ fasst hier **Mittelstädte** (20.000 bis unter 100.000 Einwohner) und **Kleinere Großstädte** (100.000 bis unter 500.000 Einwohner) zusammen, also: Städte, die zwischen 20.000 und 500.000 Einwohner haben. Damit werden Ansiedlungen in den Fokus gerückt, die typischerweise nicht im Blick sind, wenn **Großtheorien und -konzepte** zum Zusammenhang von Wissensgesellschaft und Stadtentwicklung formuliert werden: Wissensgesellschaft, Kreative Stadt, Knowledge City, Wissensmilieus usw., aber auch Ansätze, die mit dem Attribut *smart* ihre Orientierung an Fragen der Digitalisierung signalisieren.

Die Literatur zu räumlicher Wissensdiffusion und die daran geknüpfte Entstehung wissensintensiver bzw. kreativer Milieus zeigt sich wenig sensibel für die Gattung mittelgroßer Städte. Wenn aber im nicht-

metropolitanen Raum metropolitane Konzepte als Planungsgrundlage herangezogen werden, ist dies in Hinblick auf die kommunale Zukunftsfähigkeit risikoreich. Auch Hochschulen in den mittelgroßen Städten schließen in ihren Selbstbeschreibungen mitunter daran an, ohne den **fehlenden großstädtischen Kontext** angemessen zu berücksichtigen. Sie sehen sich etwa als Nukleus von Wissensmilieus oder behaupten, die entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung einer kreativen Stadt zu sein.

Mit abnehmender Einwohnerzahl von Städten fallen jedoch die Ausprägungsgrade von Heterogenität, Diversität, Toleranz, Dichte und Offenheit tendenziell ab. Damit verbunden sinkt die Wahrscheinlichkeit, auf **Unbekanntes, Unerwartetes, Ungleiches und Unfertiges** – die Basis noch nicht gedachter und ausprobierteter Alternativoptionen – zu treffen. Es sinkt folglich die Innovationswahrscheinlichkeit, soweit sie vorrangig auf Milieueffekten gründet.

Entsprechend unterscheiden sich die Herausforderungen, vor denen mittelgroße Städte stehen, von denen der Metropolen (ab eine Million Einwohner) bzw. der Großen Großstädte (ab 500.000 Einwohner) – und nichtmetropolitane Orte werden auch nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zum Bestandteil von „Metropolregionen“ erklärt. Häufig sind die Ausgangsbedingungen zukunftsfähiger Entwicklungen in mittelgroßen Städten schlechter als in Großen Großstädten. **Zukunftsrisiken** bestehen im besonderen Maße hinsichtlich Peripherisierung, Schrumpfung und wissensgesellschaftlicher Anschlussfähigkeit.

Mittelgroße Städte sind auch keine Miniaturen von Metropolen. Sowohl die Bevölkerungsheterogenität als auch die Redundanz sozialer Beziehungen sind größenabhängig, ebenso die Bereitstellung verschiedener benötigter Ressourcen. Immerhin

aber sind es unter den Nichtmetropolen die mittelgroßen Städte, also die Kleineren Großstädte und die Mittelstädte, die zumindest **Teilaspekte wissenschaftlicher Entwicklungsvoraussetzungen** haben:

- Nicht nur in jeder deutschen Großen Großstadt, sondern auch in vier von fünf Kleineren Großstädten (79 %) befindet sich mindestens eine staatliche Hochschule. Hochschulische Teilstandorte einbezogen, findet in knapp 90 Prozent der Kleineren Großstädte Hochschulbetrieb statt.
- Aber auch zwei Fünftel (44 %) der Großen Mittelstädte haben mittlerweile eine Hochschule, und selbst 24 Kleinere Mittelstädte (5 % dieser Kategorie) verfügen über eine Hochschule. Bezieht man die hochschulischen Teilstandorte ein, so ist in beinahe jeder zweiten Größeren Mittelstadt und jeder achten Kleineren Mittelstadt ein Hochschulteil bzw. eine Hochschule vertreten (56 absolut bzw. 12 % aller Mittelstädte).
- Insgesamt verteilen sich die staatlichen Hochschulen zu knapp 30 Prozent auf Große Großstädte, zu etwas unter 40 Prozent auf Kleinere Großstädte sowie einem Drittel auf Mittel- und Kleinstädte.

Nimmt man angesichts der Seltenheit echter Metropolen in Deutschland – es gibt nur vier Millionenstädte – die Großen Großstädte als ‚Ersatzmetropolen‘ (im folgenden: semi-metropolitan), so ist festzuhalten: 171 staatliche Hochschulen sind nicht in solchen meist dynamischen Agglomerationen verortet. Über 70 Prozent der Hochschulen haben ihren Sitz in Städten mit unter 500.000 Einwohnern – die Teilstandorte eingerechnet, sind sogar knapp 80 Prozent aller Hochschulstandorte abseits Großer Großstädte verortet. **Städtisch, aber nichtmetropolitan** – dies ist folglich für die meisten deutschen Hochschulen ein Charakteristikum ihrer Umweltbedingungen.

Die Beleuchtung der mittelgroßen Städte öffnet für den Blick für relevante Rahmenbedingungen und Handlungspotenziale,

die entweder auch jenseits der Metropolen für eine wissenschaftliche Entwicklung bereits gegeben sind oder an deren Herstellung gearbeitet werden sollte. Die Unterschiede zu (semi-)metropolitanen Situationen wiederum lassen sich nicht allein auf die Stadtgrößendifferenzen zurückführen. Weitere **Bestimmungsfaktoren für die wissenschaftliche Platzierung** der Städte sind:

- historischer Art: insbesondere wirtschaftliche Branchenstrukturen und traditionelle Ausstattung mit öffentlichen und Kultureinrichtungen;
- geografisch und infrastrukturell bedingt: Lagegunst, Verkehrsanbindung;
- administrativer Art: Mittel- oder Oberzentrum;
- demografisch induziert: schrumpfende, nichtschrumpfende oder expandierende Stadt bzw. schrumpfendes oder nichtschrumpfendes regionales Umfeld;
- die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungen: dynamisch, stabil oder zurückgehend;
- politischer Art: Landesentwicklungsplanung, Förderprogrammschwerpunkte und das Maß ihrer Nutzung, lokalpolitische Entwicklungsfoki sowie
- bestimmt durch die wissenschaftliche Ausstattung: keine, eine oder mehrere Hochschulen, Vorhandensein von Forschungsinstituten, Profile der Einrichtungen.

Aufgrund des fehlenden metropolitanen Kontextes sollten Mittelstädte und Kleinere Großstädte in den offerierten Konzepten zur wissenschaftlichen Stadtentwicklung **keine vermeintliche Blaupause** erkennen, sondern **eher Inspirationen** für solche Maßnahmen entdecken, die an die je eigene Stadtsituation angepasst sind.

### **Anwesenheits- und Aktivitätseffekte**

Lange Zeit beschränkten sich die lokalen und regionalen Erwartungen an Hochschulen weitgehend auf die Versorgung mit Bildungsangeboten und die Stimulati-

on der lokalen Wirtschaft durch **Nachfrageeffekte**. Diese konnten durch die schiefe Existenz der Hochschulen als erfüllt betrachtet werden. Heute dagegen sehen sich Hochschulen zunehmend mit einer weitergehenden Herausforderung konfrontiert: Die schlichten Anwesenheitseffekte der Hochschulen sollen um **Aktivitätseffekte** ergänzt werden.

Die Annahme, lokal aktive Hochschulen würden in den lokalen Problemlagen zentrale Herausforderungen sehen und ihre Handlungsprogramme entsprechend ausrichten, lässt sich empirisch in Teilen bestätigen, wenn auch **nicht programmatisch**: Diesbezügliche *strategische* Verankerungen sind nur bedingt zu identifizieren. Zugleich finden viele Aktivitäten statt, die Beiträge zur Bearbeitung von regionalen und lokalen Herausforderungen leisten, ohne als solche deklariert zu werden.

In ein entsprechendes Selbstverständnis der Hochschulen, etwa als lokale Problembearbeiter, münden diese durchaus zahlreichen Aktivitäten – fragmentiert und nur vereinzelt strategisch verankert – insofern bislang kaum. Dies ergibt eine Auswertung von Studien, Gutachten und Evaluationen zur wissensbezogenen Stadtentwicklung, also Papieren, die nicht aus den Hochschulen selbst stammen:

- Inhaltlich dominieren dort **ökonomische Betrachtungsweisen**. Der Handlungsbereich, Beiträge zur Bewältigung nicht-ökonomischer Herausforderungen zu liefern, ist dagegen wenig ausgearbeitet.

- Unabhängig von lokalen und regionalen Differenzen wird den Hochschulen durchgehend eine zentrale Funktion für die Stadt- und Regionalentwicklung zugesprochen. Insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung und soziale Integration wird von den Hochschulen erwartet, dass sie lokale und regionale Effekte generieren. Allerdings sind die Beschreibungen dessen, was einerseits erwartet und andererseits angereizt sowie unterstützt werden soll, häufig **wenig konkret**.

- Nur punktuell nehmen die Papiere Bezug auf tatsächliche lokale Entwicklungen, Problemlagen und Herausforderungen. Aussagen mit **stark verallgemeinernder** Aussagekraft – wie die Empfehlung, Kooperationen und Netzwerkstrukturen zu fördern – überwiegen gegenüber der Benennung konkreter Maßnahmen und Wirkungszusammenhänge deutlich. Ein Großteil der einzelnen Texte wäre auch umstandslos in die Konzepte der jeweils anderen Städte kopierbar. Indem Stadt- und Regionalentwicklungskonzepte vielerorts **Allgemeinplätze** bemühen, erreichen sie nur bedingt das, was sie eigentlich leisten sollen, nämlich umsetzungsfähige Konzepte mit zieladäquaten Instrumentarien zu sein.

- Die meisten der formulierten Handlungsoptionen zeichnen sich durch ein **hohes Maß an Erwartbarkeit** aus. Überwiegend werden sie in den ausgewerteten Texten mehrfach, d.h. von unterschiedlichen Autoren und Autorinnen formuliert. Zum Teil erscheinen sie geradezu kanonisch, insofern sie sich in jedem Text finden, sobald dieser das entsprechende Thema berührt. Sie sind zudem häufig eher plausibilitätsgestützt als stringent aus der jeweils konkreten Empirie gearbeitet. Infolgedessen entsteht und verfestigt sich im Laufe der Zeit ein größeres Set an Empfehlungen und Handlungsoptionen, die die Wissenschaft an die Akteure des Praxisfelds richtet, das regelmäßig auftaucht und wiederholt wird.

### **Stadt und Hochschule: Wechselseitige Chancensteigerungen**

Hochschulen nehmen eine lokale und regionale **Versorgungsfunktion** wahr, die sich auf Studienplätze, akademische Fachkräfte, Forschung und Entwicklung sowie den Anschluss an überregionale Entwicklungen und Netzwerke bezieht. Sie stellen Hochqualifikationsangebote bereit und können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen.

Insbesondere in demografisch herausgeforderten und entwicklungsgeschwächten



Regionen sind die Hochschulen eine zentrale Bedingung, um Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte Entwicklungen zu erzeugen bzw. zu erhalten. Sie stellen dort ein **Verödungshemmnis** erster Güte dar, etwa indem sie eine jüngere Klientel in der Region halten bzw. von außen anziehen.

Erscheinen auf den Sitzort bezogene Aktivitäten der Hochschulen zunächst vor allem als zusätzliche Aufgabe, so können damit doch auch **organisationale Gewinne** generiert werden:

- Für eine Minderheit der Hochschulen besteht aufgrund ihrer Leistungsstärke die Chance, in ihrer Gesamtheit auf eine vorrangig überregionale bzw. internationale Orientierung setzen zu können.
- Für einen sehr viel größeren Teil der Hochschulen dagegen besteht ggf. die Möglichkeit, *einzelne* – mancherorts bereits vorhandene – exzellente Fachgebiete zu stabilisieren oder/und zu entwickeln.
- Es liegt dann nahe, dass der Exzellenzorientierung in Teilbereichen die Lokal- und Regionaloption zumindest gleichberechtigt zur Seite tritt. Damit lassen sich Legitimationsgewinne einfahren, die für den größeren Teil der Hochschulen bzw. ihrer Fachbereiche auf dem Wege von Exzellenzwettbewerben nicht zu erlangen sind.

Insbesondere Hochschulen in peripheren Regionen fällt es leichter, die eigene **Unentbehrlichkeit** nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren, wenn sie auch auf ihre Sitzstadt und -region bezogen agieren. Werden berechnete Forderungen nach angemessener Hochschulausstattung mit lokal und regional relevanten Leistungszusagen verbunden, so lässt sich auch hochschulfernen Gesprächspartnern, etwa in der Politik, vermitteln, dass die überwiesenen Gelder nicht nur außerhalb der Region Wirkungen zeitigen.

Dabei ist die lokale und regionale Wirksamkeit von Wissenschaftseinrichtungen dann am aussichtsreichsten, wenn diese

ihre Stadt und Region an die **überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion** und -verteilung anschließen. Hierzu wiederum sind die Hochschulen und Forschungsinstitute wie keine sonstige Institution in ihren Städten in der Lage: Anders als sonstige Akteure sind sie prädestiniert dafür, Entwicklungen nicht einfach geschehen zu lassen, sondern einen wissensgestützten strategischen Umgang damit zu entwickeln. Sie verfügen aber nicht nur über die entsprechenden intellektuellen Ressourcen, sondern zählen auch zu den Einrichtungen, die im Vergleich institutionell sehr stabil sind – da öffentlich finanziert und von den Ländern (Hochschulen) bzw. Bund und Ländern (Forschungsinstitute) unterhalten.

### **Kooperationsinstrumentarium**

Ein besonderes Interesse der Wissenschaft(einrichtungen) für ihren jeweiligen Sitzort ist keineswegs zwangsläufig zu erwarten und auch kaum zu erzwingen. Dem stehen die fehlenden Möglichkeiten zentraler Steuerung und die lokal ungebundene Orientierung am Wissenschaftssystem entgegen. Zudem sind in der einschlägigen Forschung sowohl **Stadt- als auch Hochschulentwicklung** als besonders **planungsresistente Handlungsfelder** herausgearbeitet worden. Ihre Kopplung erscheint dann in einem ersten Zugriff als Planungsresistenz im Quadrat. Hier zu synchronisieren, ist eine Herausforderung.

Als Alternative zur planungsgebundenen Intervention gilt das Konzept der **Kontextsteuerung**. Die Gestaltung günstiger Kontexte für die Wissenschaft-Stadt-Interaktion soll darauf zielen, Fühlungskontakte zu erleichtern. Damit werden Gelegenheitsstrukturen für potenziell produktive, wechselseitige Verstärkungen der Hochschul- und Stadtentwicklung geschaffen, also die entsprechenden Rahmenbedingungen verbessert. Innerhalb dieser haben potenzielle Partner zum einen die Chance, Interessenüberlappungen und -schnittstellen zu entdecken. Zum anderen können diese qua förderlicher Kontexte in erleich-

terter Weise in gemeinsames Handeln überführt werden.

Dabei sind wissensbezogene Such- und Findeprozeduren grundsätzlich nicht planbar. Gelegenheiten werden genutzt oder auch nicht. **Plan- und gestaltbar** sind hingegen Arrangements und Kontexte, welche die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztendlich Kooperationen erhöhen. Dafür hat im Grundsatz jede Stadt Möglichkeiten, sei sie groß-, mittel- oder kleinstädtisch.

Eine Reihe von **Instrumenten** wird inzwischen regelmäßig eingesetzt, wenn eine Governance lokaler Wissenskooperationen etabliert werden soll. Ihr zielführendes Funktionieren hängt aber jeweils von bestimmten Bedingungen ab:

- **Kooperationsverträge** sind Rahmung. Für sich genommen bewirken sie i.d.R. nichts. Sie entfalten Wirkung zumeist nur, wenn sie der institutionellen Absicherung bereits existierender Zusammenarbeit auf der Mikroebene dienen, nicht aber deren Ausgangspunkt bilden.
- Regelmäßige **Treffen auf Leitungsebene** – Oberbürgermeisterin und Rektor – hängen von der Vorbereitung durch Stäbe und substanzieller Untersetzung ab, etwa durch Maßnahmenpläne.
- **Lenkungsausschüsse** funktionieren am ehesten da, wo (und wenn) sie die zentralen Kooperationsinteressenten vereinen.
- **Netzwerke** funktionieren nur, wenn sie stabil und erreichbar sind. Ohne ein dauerhaft ansprechbares Netzwerkmanagement fehlen Verantwortlichkeiten und besteht das Risiko, dass Kontakte nicht zustandekommen, weil Reaktionen zu lange auf sich warten lassen oder gar unterbleiben. Zugleich kann Netzwerkbildung mit Hilfe eigens dazu eingerichteter Stellen, wenn organisatorisch unzureichend durchdacht, in Kooperationsbürokratie ausarten.
- Das Anliegen, **möglichst viele Akteure** einzubinden, kann einen Zielkonflikt erzeugen, wenn die Absicht besteht, vor-

rangig innovative Lösungen zu entwickeln: Je mehr Akteure integriert werden, desto zahlreicher und intensiver sind auch Partikularinteressen repräsentiert. Der dann notwendige Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen erzeugt meist eine Orientierung auf das Mehrheitsfähige, also das, was typischerweise gerade nicht innovativ ist.

- Jährlich aktualisierte **Maßnahmenpläne** zeichnen sich häufig dadurch aus, dass die Aktualisierung zum größten Teil im Kopieren des Vorjahresplanes in eine neue Datei besteht. Positiv ließe sich sagen: Die Absichten haben erfolgreich ihre Geltung verteidigen können.
- **Stabstellen „Wissenschaft“ in Stadtverwaltungen** funktionieren – da Städte in Bezug auf wissenschaftliche Einrichtungen kaum über Steuerungsmechanismen verfügen – nur als Dienstleister, und dies wiederum nur, wenn sie auch tatsächliche Dienste leisten können, d.h. (materielle und immaterielle) Ressourcen organisieren können.
- Verpflichtende **Berichterstattungen** an das jeweilige Stadtparlament erzeugen Druck auf die Verwaltung (nicht aber die wissenschaftlichen Einrichtungen), etwas Vorzeigbares berichten zu können, also zuvor etwas zu unternehmen.

An den Hochschulen bleiben die lokalen Erwartungen, die an sie adressiert werden, nicht ohne Echo. Hier ist mittlerweile eine Art **Standardrepertoire** stadtbezogener Aktivitäten etabliert. Zu diesem zählen:

- Technologie-Transfer-Zentrum
- Career Center
- Existenzgründer-Unterstützung
- strukturierte Weiterbildungsangebote
- Kinderuni
- Seniorenuniversität
- Lange Nacht der Wissenschaften
- Kooperation mit lokalen Gymnasien

Es handelt sich um Hochschulaktivitäten, die sowohl auf ökonomische Wirkungen zielen als auch auf die nichtökonomischen

Voraussetzungen lokaler Entwicklungen bzw. auf Wirkungen in sozialen oder kulturellen Bereichen abstellen.

### Strategische Erfolgsfaktoren

Für jegliche Kooperationen zwischen Wissenschaftseinrichtungen und lokalen Partnern muss immer auf der Grundlage der jeweiligen städtischen Situation, der Interessenlagen und der einsetzbaren Ressourcen entschieden werden, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen und können. Dafür sollten einige strategische Erfolgsfaktoren in die institutionellen Policies der wissenschaftlichen Einrichtungen und der Stadtverwaltungen eingebaut werden. Sie lassen sich in drei Gruppen sortieren:

#### *(1) Wechselseitigkeit:*

■ **Inhaltliche Anknüpfungspunkte:** Elementare inhaltliche Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass sachbezogene Anknüpfungspunkte zwischen Hochschulen und den Partnern bestehen und erkannt werden. Die Offenlegung der jeweiligen Eigeninteressen ist hier hilfreich.

■ **Wechselseitige Resonanzfähigkeit:** Um seitens der wissenschaftlichen Einrichtungen Ideen für die Stadt zu entwickeln, bedarf es eines Problembewusstseins für die lokalen Gegebenheiten. Ist dieses entwickelt, muss es auf Resonanz in der Stadt treffen. Das heißt: Auch die lokalen Akteure müssen für die Problemlagen und Handlungsbedarfe der eigenen Stadt und die Möglichkeiten, darauf mit Hilfe der Wissenschaft reagieren zu können, sensibilisiert sein.

■ **Beidseitiger Nutzen:** Im Anschluss daran muss die Einsicht in den je eigenen Nutzen der Kooperation bestehen bzw. erzeugt werden. Ideal sind Positivsummenspiele, in denen sich Nutzen für alle Beteiligten ergibt, also sog. Win-Win-Situationen erzeugt werden.

■ **Kooperationskosten und Kooperationsnutzen:** Immer dann, wenn die Kooperationskosten die (pronostizierten) Kooperationsgewinne übersteigen, ist jede Initi-

ative gefährdet. Aufgrund der wissenschaftsseitig vorrangig kognitiven Kooperationsmotive werden z.B. Entfernungswiderstände gegen fachliche Kooperationen eher schwach wirksam.

#### *(2) Voraussetzungen klären:*

■ **Ressourcen:** Elementare formale Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass angemessene, d.h. aufgabenadäquate Ressourcen zur Verfügung stehen bzw. organisiert werden können: personelle, sächliche und – vor allem zur Umsetzung konkreter Projekte – finanzielle.

■ **Akteurssystem ermitteln:** Ratsam ist es, Kooperationsanbahnungen mit einer Diagnose des Akteurssystems, innerhalb dessen die Ziele umgesetzt werden sollen, zu verbinden: Wer sind die relevanten Personen, die den Kooperationserfolg maßgeblich beeinflussen und ihn damit relevant entweder behindern oder unterstützen können? Dann lässt sich z.B. abschätzen, woher Einwände und Widerstände zu erwarten sind, und es kann dementsprechend agiert und vorgebeugt werden.

#### *(3) Prozessgestaltung:*

■ **Verbindlichkeit:** Vereinbarungen über Ziele und Inhalte der Partnerschaft sowie verbindliche Absprachen über zu erbringende Leistungen dürfen nicht der operativen Umsetzung überlassen bleiben, sondern stellen strategische Weichenstellungen dar.

■ **Synchronisation und Kontinuität:** Es bedarf einer Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner, da diese unterschiedlichen Funktionslogiken und Zeitregimen folgen. Damit werden zugleich die Voraussetzungen für Kontinuität geschaffen, welche die Kooperationseffizienz steigert: Es müssen nicht fortlaufend neue Partner gesucht und gewonnen werden. Die Kontinuität ist organisatorisch abzusichern, da sie nicht zwingend im Selbstlauf entsteht und häufig personengebunden ist. Die organisatorische Absicherung wiederum gelingt

leichter, wenn Kontinuität ein Bestandteil der strategischen Zieldefinition ist.

■ **Vermeidung von Dysfunktionalitäten und Kooperationsbürokratie:** Beide wirken als Kooperationskiller. Zu vermeiden sind grobe Dysfunktionalitäten, etwa Überbeanspruchungen oder Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht. Ebenso haben Institutionalisierungen von Kooperationen immer dann höhere Erfolgchancen, wenn Kooperationsbürokratie vermieden wird.

■ **Motivation:** Die motivierte Mitarbeit von Wissenschaftler:innen an lokalen Kooperationen wird wahrscheinlicher, wenn sie diese nicht als zusätzliche Aufgabe, sondern als Möglichkeitsraum zur Entfaltung von Forschungs- und Lehrinteressen – d.h. als eine besondere Art der wissenschaftlichen Tätigkeit – erfahren.

■ **Dezentralität als Ressource:** Die Dezentralität der Hochschule und der Durchführung lokal relevanter Hochschulaktivitäten sollte als Potenzial und Motivationsressource anerkannt werden. Eine künstliche Zentralisierung bei der Hochschulleitung würde ohnehin an administrative Grenzen stoßen. Rektorat bzw. Präsidium und Zentrale Verwaltung sollten aber Unterstützungswünsche bedienen.

■ **Zentralität als Ressource:** Die grundsätzliche Dezentralität muss abgesichert sein durch Etablierung definitiver Ansprechpartner für Wissenschaftsthemen auf Seiten der Stadt, Netzwerkstrukturen zwischen Stadt, Wissenschaft, Wirtschaft und möglichst auch Kultur, zentral bereitgestellte Formate der Wissenschaftskommunikation, ggf. einen strategischen Entwicklungsplan – bei dem dann zugleich auch mit Abweichungen zu rechnen ist, aber der Plan ermöglicht einen kontrollierten Umgang mit diesen – und möglichst auch die Absicherung der wissensbasierten Stadtentwicklung über formale Stadt-ratsbeschlüsse.

■ **Realismus und Sichtbarkeit von Erfolgen:** Kooperationsprozesse und -akteure dürfen nicht überfordert werden, gegebene Ressourcenbegrenzungen sind zu be-

rücksichtigen, und in zumindest einigen Bereichen sollen auch möglichst schnell sichtbar werdende Erfolge erreicht werden. Letztere können zudem die Mitwirkungsbereitschaft zunächst zögerlicher Partner fördern.

### Lokales Wissensmanagement

Wissenschaftseinrichtungen haben ihre Kernkompetenzen in der Aufbereitung, Erzeugung, Verwaltung und Vermittlung von Wissen. Insofern liegt hier eines nahe: Das Instrument, mit dem sie ihre lokalen Kontexte durch Nutzung eigener Kompetenzen gestalten und systematisieren können, ist der Aufbau und das Betreiben eines lokal bzw. regional vernetzten Wissensmanagements. Neben den diesbezüglichen Kompetenzen spricht dafür zweierlei: Zum einen entspricht eine **offensive Selbsteinordnung in lokale** (bzw. regionale) **Wissensinfrastrukturen** dem Selbstverständnis von Hochschulen und Forschungsinstituten als Wissensproduzenten und -distributoren am ehesten. Zum anderen hat eine solche Selbsteinordnung in einer wissenschaftsgesellschaftlichen Perspektive eine unmittelbare Plausibilität: Sie steigert die Wahrnehmung der Wissenschaftseinrichtungen als Teil eines Netzes, das Zukunftsfähigkeit verbürgt, indem es für Innovation und Problembearbeitung steht.

Andersherum: Wenn zur Bearbeitung lokaler Problemlagen gescheite Einordnungen zunächst unsortierter Informationen benötigt werden, sollte es die Wissenschaft beunruhigen, wenn nicht sie es ist, die um diese Einordnungen gebeten wird. Ebenso sind wissenschaftliche Wissensbestände für lokale Akteure nutzlos, wenn sie nicht von **ansprechbaren Experten** gewusst und mit Blick auf die Situation vor Ort durchsucht, geordnet, aufbereitet und kommuniziert werden.

Ein lokales Wissensmanagement müsste **dreierlei sicherstellen:**

- Erstens ist der Zugang zu dem in Stadt und Region – an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unter-

schiedlichem Besitz – vorhandenen Wissen niedrigschwellig zu ermöglichen: entweder unmittelbar oder durch entsprechende Navigation.

- Derart soll zweitens eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht werden, die Problemlösungsbedarfe mit den lokal vorhandenen problemlösungsbezogenen Wissensressourcen verbindet.
- Drittens müssen Wissensbedarfe, die lokal nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

Dazu bedarf es der **Kommunikationsfähigkeit der Wissenschaft** mit den lokalen Akteuren hinsichtlich deren spezifischer Wissens-, Kooperations- und Innovationsbedürfnisse. Forschungsergebnisse sind nicht immer umstandslos ‚lesbar‘, d.h. durch Praktiker in ihrer Relevanz für konkrete Problemlösungen einzuschätzen. Deshalb sind **Übersetzungsleistungen** zwischen unterschiedlichen Rationalitäten zu erbringen, denn die Praxis kommuniziert nicht wissenschaftlich, sondern praktisch.

Wissenschaftler:innen sind es gewohnt, den Aspekt der Erklärungskraft für wissenschaftlich definierte Fragestellungen und nicht ihre Praxisrelevanz in den Vordergrund zu rücken. Dagegen erwarten Akteure der Praxis anwendungsrelevante Informationen, transferfähige Konzepte, Handlungs- sowie Beratungswissen, und die allgemeine Öffentlichkeit muss mit einem Wissen angesprochen werden, das zu Botschaften verdichtet und zugespitzt ist. Daher bedarf es entsprechender Formate, die **an die Kommunikationsgewohnheiten der Adressaten anschließen**. Denn welche Expertise sie zu welchem Zweck nutzen, bestimmen immer die Nachfrager, nicht die Anbieter.

Sobald nichtwissenschaftliche Akteure in Kooperationsarrangements einbezogen werden, geht es für die beteiligten Wissenschaftler:innen um sog. transdisziplinäre – präziser: transakademische – Kommunikation: Wissenschaftliches Wissen ist in **außerwissenschaftliche Anwendungskontexte** zu übersetzen. Es geht um die Frage:

Wie lässt sich empirisches und Erklärungswissen (was passiert und warum?) transformieren in Handlungs- und Beratungswissen (was und wie kann es getan werden?)? Hier sind einige Grundsätze zu berücksichtigen:

- **Wissenschaftskommunikation muss externe Erwartungen integrieren**, weil sie andernfalls nicht anschlussfähig ist. Dieses Kommunizieren über Wissenschaft darf jedoch nicht heißen, den Beobachtungen und Analysen wissenschaftsexterne Prämissen zugrunde zu legen. Denn das würde in eine doppelte Irrelevanz führen: Einerseits wäre dann die Erkenntnisproduktion durch nichtwissenschaftliche Vorannahmen kontaminiert, welche Intuitionen, Fallauswahl oder Deutungen anleiten und derart zu gleichsam verunreinigten Ergebnissen führten. Andererseits kann auch die Optimierung praktischen Entscheidungshandelns – im Sinne eines höheren Maßes an Vernunftbasiertheit – mit solcherart verunreinigtem Wissen nicht gelingen.

- Es besteht in der Regel eine zeitliche **Entkopplung zwischen Wissen und Wissensbedarfen**: Praktiker benötigen Wissen nicht deshalb, weil es gerade angeboten wird, sondern dann, wenn praktische Probleme zu lösen sind. Das kann vor, während oder nach der Erzeugung des einschlägigen Forschungswissens sein. Hier muss also eine Überbrückung der zeitlichen Entkopplung zwischen Wissensproduktion und Wissensbedarfen durch zugriffsfähige überzeitliche Wissensspeicherung organisiert werden.

- Die herkömmliche Vorstellung, ein hinreichend definiertes **Praxisproblem** könne umstandslos zu einer wissenschaftlich bereitgestellten **Problemlösung** führen, ist durch eine realitätsnähere Betrachtung zu ersetzen: Ein Praxisproblem wird zunächst von der herangezogenen Wissenschaft theoretisiert, um in seinen Dimensionen und Implikationen erfasst zu werden, und daran kann sich eine iterative Erarbeitung einer Problemlösung anschließen.

■ Der bei den außerwissenschaftlichen Adressaten anfallende **Nutzen** des Informiert-Seins über wissenschaftlich begründetes Wissen muss größer sein als die (zeitlichen) **Kosten** des Sich-Informierens.

Ein lokales Wissensmanagement umfasst folglich mehr als die Einrichtung von Technologietransferstellen und Forschungsdatenbanken. Es muss Wissensbedarfe etwa bei der ortsansässigen Wirtschaft, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen **aktiv identifizieren**, statt allein passive Informationsangebote zu unterhalten. Bei digitalen Angeboten sind **Niedrigschwelligkeit** der Zugänge und intuitive Nutzerführung basale Anforderungen – aber bisher kein Standard. Benötigt werden

- datenbankbasierte **Wissenssysteme** wie Transferatlanten oder Transferportale,
- **Online-Wissensatlanten** zu einzelnen Themenfeldern,
- **Experten-Pools**,
- **Verfügbarkeitskataloge** zu Spezialgeräten und Laboren, die an Wissenschaftseinrichtungen existieren und auch von Partnern genutzt werden können, etwa für Rapid Prototyping.

Darauf aufbauend und es weitertreibend sind auch denkbar:

- jährliche **Third-Mission-Bilanzen** der Hochschulen, die sich in deren ohnehin stattfindenden Jahresberichterstattungen integrieren ließen,
- in einem fortgeschrittenen Stadium **Wissensplattformen**, die nicht nur bereits Vorhandenes präsentieren, sondern auch aktiv Wissensbedarfe identifizieren und Wissensproduktion anregen, oder
- ein auf Stadt und Region angewandtes **Wissensbilanzmodell**, mit dem das Management von Wissen in der Stadt oder Region für bestimmte Zeiträume und, durch wiederholte Vorlage, auf der Zeitachse abgebildet wird.

Gleichfalls geht es um die aktive Verknüpfung der hochschulischen **Lehrangebote** mit regionalen Wissensbedarfen:

- Berücksichtigung der Bedürfnisse von KMUs bei der **Studienreform** – d.h. konkret vorrangig die Ausbildung von Generalisten statt (Nur-)Spezialisten, da kleine und mittlere Unternehmen auf Grund ihrer vergleichsweise kleinen Belegschaften besonders auf flexibel einsetzbares Personal angewiesen sind;
- Nutzung des **Service Learning**, das auf elegante Weise die Aspekte der Theorie-Praxis-Verflechtung im Studium und des lokalen Wirksamwerdens von Hochschulen verbindet: Studierende wenden erworbenes Wissen auf konkrete gesellschaftliche Fragen und Probleme an, indem sie sich im Rahmen entsprechend konzipierter Lehrveranstaltungen in Einrichtungen und Prozesse verschiedener Gesellschaftsbereiche einbringen;
- **duale Studiengänge**,
- Kooperation bei **Praktika und Studienabschlussarbeiten**,
- **Weiterbildungsangebote** zur innovatorientierten Personalentwicklung in Unternehmen und öffentlichem Dienst, z.B. zur Stärkung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz in technologieorientierten KMUs.

Die Navigation durch die öffentlich finanzierten Wissensangebote sollte nicht den unter Wettbewerbsdruck stehenden privaten Unternehmen, den personell angespannt arbeitenden Stadtverwaltungen oder unterfinanzierten Vereinen und Initiativen überantwortet werden, die sämtlich unter Zeitknappheit agieren. Ebenso erfolgversprechend wie gut kommunizierbar dürfte es sein, **One-Stop-Agencies** als definierte Ansprechstellen einzurichten bzw. bestehende Transferstellen entsprechend zu transformieren: Solche zentralen Ansprechpartner innerhalb einer Hochschule können als **Gatekeeper in der hochschulischen Außenkommunikation** fungieren und zugleich die hochschulinterne Informationsweitergabe vereinfachen. Überdies können Hochschulen damit auch

Klagen über mangelnde Transparenz ihrer Angebote den Boden entziehen:

- In der One-Stop-Agency wird ein Wissensproblem bzw. -bedarf aufgenommen und ggf. gemeinsam eine Präzisierung des Anliegens vorgenommen.
- Sodann wird von dort aus dieses Problem aufbereitet. Dabei bleiben für den jeweils Anfragenden die im Hintergrund bestehenden internen und externen institutionellen Grenzen, etwa zwischen Instituten, weitestgehend unsichtbar, müssen ihn also nicht beschäftigen und seine Aufmerksamkeit nicht unnötig binden.
- Am Ende wird für das je konkrete Wissensproblem ein Lösungspaket präsentiert, das, soweit im konkreten Falle sachlich geboten, sämtliche Instrumentarien mobilisiert, die zur Verfügung stehen: Informationsrecherche, Erschließung bereits analysierter vergleichbarer Fälle, ggf. empirische Untersuchung, neu auszulösende FuE-Aktivitäten, Lehrforschungsprojekt, studentische Abschlussarbeit, Zugang zu technischem Equipment, Weiterbildung von Mitarbeiterinnen, Vermittlung von Absolventen usw.

Ein in dem hier dargestellten Sinne komplexes Wissensmanagement lässt sich nur mit Beteiligung der lokal vorhandenen Wissenschaftseinrichtungen umsetzen. Zu leisten ist dabei ein **doppelter Transfer**: einerseits aus der Wissenschaft in Anwendungskontexte, andererseits aus den überregional verfügbaren Wissensbasen in lokale Kontexte.

### Stadt-Wissenschaft-Interaktionstypen

Schließlich lässt sich eine Heuristik für eine Wissenschaft-Stadt-interaktionsorientierte Typenbildung mittelgroßer Städte gewinnen. Mit dieser Systematik können sich Städte typologisch einordnen, indem fallweise die nötigen quantitativen Daten und qualitativen Informationen aufgefüllt werden. Dies eignet sich dazu, dass die Hochschulen und Städte **realistische**

**Selbstwahrnehmungen** gewinnen und auf dieser Basis Handlungsoptionen entwickeln können.

Die Bestimmung der Beziehungstypen zwischen Städten und ihren Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen erfolgt anhand von drei Gruppen wesentlicher **Faktoren**: (a) drei auf die örtlichen Rahmenbedingungen bezogene: die Infrastruktur, die sozioökonomische Situation, die örtliche Demografie und Einwohnerschaft; (b) die soziale und räumliche Präsenz der Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen; (c) zwei Faktoren, die Handlungsrou-tinen und -dynamiken einfangen: die Aktivitätscharakteristik der lokalen Akteure und das Interaktionsprofil der Wissenschaftsakteure. Diese sind mit 30 Indikatoren unterlegt und lassen sich zu vier **Beschreibungskategorien** verdichten: städtischer Kontext, Resonanzpotenziale, Wissenschaftspräsenz, Aktivitätsmuster. Anhand dieser kann ein Gesamtbild der jeweiligen Interaktionsbeziehungen zwischen Stadt und Hochschule gezeichnet werden. Als so erzeugte **Bilder** ergeben sich in einer modellhaften Verdichtung:

■ **Das traditionelle Modell**: Stadt mit traditionsreicher Wissenschaftseinrichtung von signifikanter Größe, deren organisch gewachsene Beziehungen zur Stadt lebensweltlich und informell abgesichert sind.

■ **Das aktiv-organische Modell**: kleinere Wissenschaftseinrichtungen in kleinerer Stadt, die trotz kurzer Traditionslinie über informelle, ggf. bürgergesellschaftlich verankerte Strukturen verfügen. Am Sitzort wird die Wissenschaftseinrichtung als Privileg empfunden. Dieses Gefühl verdankt sich nicht nur dem Engagement für die Ansiedlung und den Erhalt der Wissenschaftseinrichtung angesichts ggf. bestehender oder drohender Gefährdungen, sondern auch langfristiger Herausforderungen für die Stadtentwicklung.

■ **Das passiv-organische Modell**: reflektierte und konsensuale Selbstbezüglichkeit im Verhältnis von Wissenschaftseinrichtungen und Stadt. Beide orientieren sich

an unterschiedlichen Zielsetzungen und hegen keine oder lediglich geringe wechselseitige Erwartungen. Soweit Erwartungen bestehen, werden diese bereits durch die bloße Anwesenheit der Institutionen und das Halten eines gewissen Niveaus der städtischen Entwicklung als erfüllt angesehen werden. Entsprechend gibt es nur wenige formelle und informelle Verbindungen.

■ **Das aktiv-formalisierte Modell:** angesichts intern und/oder extern induzierten Handlungsdrucks – in der Regel geringe Wachstumsdynamik – Etablierung formalisierter und damit sichtbarer Kooperationsstrukturen. Diese lösen zumeist das traditionelle oder passiv-organische Modell ab. Die formalisierte Kooperation dient zugleich Legitimations- und Profilierungsabsichten.

■ **Das passiv-formalisierte Modell:** Konsequenz enttäuschter Entwicklungshoffnungen, als deren Relikt eine weitgehend symbolische Formalstruktur fortbesteht, dies primär zur Bedienung externer Anfragen. Die Enttäuschungen, die sowohl auf Seiten der Stadt als auch der Wissenschaft eine frustrationsinduzierte Selbstbezüglichkeit erzeugen, können interne oder externe Ursachen haben.

Die mittelgroßen Städte haben ein Interesse an selbsttragender Entwicklung. Die in ihnen ansässigen Hochschulen haben ein Interesse an organisationaler – was mitunter (etwa für einzelne Fachbereiche oder Studiengänge) heißt: überlebensrelevanter – Stabilität. Beides lässt sich durchaus zusammenführen, erfolgversprechend allerdings nur auf der Basis realistischer Einschätzungen und Selbstbilder.



## **Autoren und Mitwirkende**

**Daniel Hechler** M.A., Studium Politikwissenschaft, Philosophie und Neueren Geschichte an der Universität Leipzig. Seit 2002 studentischer und seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 2011 Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) sowie Redakteur der Zeitschrift „die hochschule“. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulorganisationssoziologie, Hochschule im urbanen Raum. eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

**Peer Pasternack**, Prof. Dr., Studium der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig. Seit 2004 Forschungsdirektor bzw. Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), Lehrveranstaltungen am Institut für Soziologie der MLU und Herausgeber der Zeitschrift „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulpolitik, Hochschulorganisation, Bildung und Wissenschaft in demografisch herausgeforderten Regionen, Wissenschaftszeitgeschichte. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de, Netz: www.peer-pasternack.de

**Steffen Zierold**, Dipl.-Soz., Studium der Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Kopplung von Hochschul- und Regionalentwicklung in demografisch herausgeforderten Regionen, kultur- und kreativwirtschaftliche Entwicklungen im Kontext der Stadtentwicklung, Hochschulorganisation. eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de

**Uwe Grelak** M.A., Studium der Germanistik, Philosophie und Biologie an der Universität Leipzig. 2007 Gründung der Agentur Argwohn und selbstständig tätig, parallel seit 2011 freier Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Dortiger Arbeitsschwerpunkt: Bildung im demografischen Wandel und Bildungszeitgeschichte. eMail: uwe.grelak@hof.uni-halle.de; <http://www.argwohn-lektorat.de>

**Justus Henke**, Mag. rer. soc. oec., Volkswirt, seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Hochschulentwicklung, Bildungsstatistik sowie gesellschaftliche Wirkungen und Interaktionen von Hochschulen. eMail: justus.henke@hof.uni-halle.de